

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 04.06.2018

36037 Fulda

Anfrage Sachstand Franz Erhard Walther Museum

Anlässlich der wichtigsten Auszeichnung der internationalen Kunstwelt für Franz Erhard Walther (Goldene Löwe Biennale 2017) in Venedig, wurde ein gemeinsamer Antrag von Bündnis90/DIE GRÜNEN und CDU, ein Franz Erhard Walther Museum einzurichten, angenommen.

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Einrichtung des mit großer Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Franz Erhard Walther Museums?
2. Wann ist mit der Realisierung des Projekts zu rechnen?

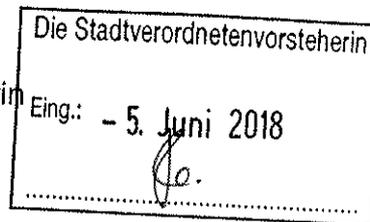
Ernst Sporer

Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen



Fulda, 01.06.2018

An die Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



36037 Fulda

Anfrage Bundesprogramm Demokratie leben

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

in den letzten Haushaltsberatungen ist dem gemeinsamen Antrag Nr.18 von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zugestimmt worden.

Zitat aus der Veröffentlichungen des Ministeriums:

„Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

„Zu den Zielgruppen des Bundesprogramms gehören insbesondere Kinder und Jugendliche, deren Eltern, Familienangehörige und Bezugspersonen, aber auch ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure. „Demokratie leben!“ ist zudem ein zentraler Baustein der Strategie der Bundesregierung zur Extremismusprävention und Demokratieförderung.“

<https://www.demokratie-leben.de/bundesprogramm/ueber-demokratie-leben.html>, 1.6.2018

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

Ist bereits eine Bewerbung beim Bundesministerium gestellt worden?

Hashem Savoji

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 04.06.2018

36037 Fulda

Anfrage zur Beteiligung der Schulen und Kindergärten in Fulda am bundesweiten Aktionsprogramm „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten“

Längst ist der Weg der Kinder zum Kindergarten oder in die Schule wieder in den Fokus von sozialer Teilhabe, Bewegung und alternativer Mobilität zum Auto gerückt. Kinder sollten sich schon, so früh wie möglich, mit alternativen Formen der Mobilität zum Auto auseinandersetzen und diese auch praktizieren.

Wir wünschen uns, dass sich die Zahl der Kinder, die von ihren Eltern täglich zur Schule gefahren werden drastisch reduziert und ein Bewusstsein für alternative Mobilität bei Eltern und Kindern entsteht.

Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Beteiligt sich die Stadt regelmäßig an den Aktionstagen „Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten und werden die teilnehmenden Schulen und Kindergärten dabei unterstützt?
2. Gibt es Erhebungen darüber wie viele Kinder mit dem PKW zur Schule gebracht und abgeholt werden?
3. Wird im neuen Verkehrsentwicklungsplan auch die Schulwegesicherheit für Fahrradfahrer und Fußgänger untersucht und verbessert?

Pia Groß

i.V. Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen

Telefon: 0661 74924

| info@gruene-fulda.de

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Schlossstraße 1



Fulda, 04.06.2018

36037 Fulda

Anfrage Georg-Müller-Schule Fulda

Die Georg-Müller-Schule Fulda wurde im Sommer letzten Jahres als private Ersatzschule (Christlich private Grundschule) für den Landkreis Fulda genehmigt. Auf der Homepage der Stadt Fulda wird die Georg-Müller-Schule nicht als Grundschule erwähnt, andere Anbieter privater Schulen hingegen schon. Die Informationen über die Schule sind mehr als dürftig, sogar in der Hessischen Schuldatenbank (Hessischer Bildungsserver) findet sich weder Telefonnummer, noch E-Mailadresse, noch ein Eintrag unter der Rubrik „Voraussetzungen“ zur Einschulung.

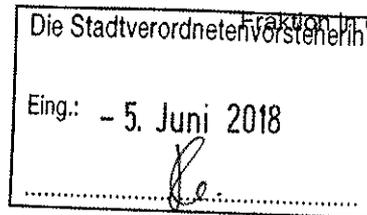
Die Stadtverordnetenfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN fragt den Magistrat:

1. Welche Voraussetzung sind notwendig, um diese Schule als Grundschule zu wählen/besuchen?
2. Unterschreitet die private Georg-Müller-Schule die für staatliche Schulen festgelegte Schülermindestzahl für Eingangsstufen/Grundschulen?
3. Besteht die Gefahr, dass durch die Neugründung dieser privaten Grundschule kleine staatliche Grundschulen im räumlichen Umfeld von Zusammenlegung zweier Jahrgangsstufen oder sogar Schließung betroffen sein könnten?

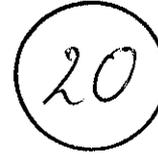
A handwritten signature in black ink, appearing to be "Silvia Brünnel".

Silvia Brünnel
Fraktionsvorsitzende Bündnis90/Die Grünen

DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda



Fraktionsvorsitzende Karin Masche
karin.masche@fulda-vogelsberg.de
<http://www.stadtfraktion.fuldawiki.de>



36037 Fulda
Schlossstraße 5

An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann

Fulda, 4.06.2018

Anfrage SVV 18.6.2018 RMV - Verbilligung Kurzstrecke auch in Fulda?

Ende Mai beschloss der RMV Aufsichtsrat, dass es ab Januar 2019 preisgünstigere Fahrkarten für Kurzstrecken geben soll.
In der Presse werden Verbilligungen genannt wie Frankfurt-Oberrad zum Offenbacher Marktplatz von 4,90 Euro auf 3,25 Euro und von Hanau in die Frankfurter Innenstadt von 8,50 Euro auf 6,80 Euro.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wer hat im Auftrag der Stadt Fulda an dieser Aufsichtsratssitzung teilgenommen?
2. Ist das Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner nach Verbilligung in der Region Fulda eingebracht worden? (z.B. Kurzstrecken innerhalb der Stadt, Fahrten von Fulda nach Petersberg, Künzell, Großnlüder usw. und umgekehrt)
3. Warum gilt der RMV Aufsichtsrats Beschluss nur für Strecken im Großraum Frankfurt?

Für die Fraktion

Karin Masche

DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Fraktionsvorsitzende Karin Masche

karin.masche@fulda-vogelsberg.de

<http://www.stadtfraktion.fuldawiki.de>

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 5. Juni 2018

Se.



36037 Fulda
Schlossstraße 5

An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann

Fulda, 4.06.2018

Anfrage SVV 18.6.2018

Anliegerparken

Im Zuge der Umsetzung der neuen Parkgebührenordnung wurde von der Verwaltung über die Änderungen beim Anliegerparken informiert.

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Straßenzüge sollen zukünftig vom bisherigen Bewohnerparken ausgenommen werden?
2. Welche zusätzlichen Parkautomaten werden aufgestellt werden bzw. sind bereits 2018 aufgestellt worden, die auch Bewohner der jeweiligen Straßen zwingen, für das Abstellen ihres Fahrzeuges - im Gegensatz zu vorher - Parktickets zu ziehen?

Für die Fraktion

Karin Masche

DIE LINKE. Offene Liste / Menschen für Fulda

Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Fulda

Fraktionsvorsitzende Karin Masche

karin.masche@fulda-vogelsberg.de

<http://www.stadtfraktion.fuldawiki.de>



36037 Fulda
Schlossstraße 5

An
Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann

Fulda, 4.06.2018

Anfrage SVV 18.6.2018

Landesgartenschau- Entscheidung Preisgericht

Der Antrag „Die Linke. Offene Liste / Menschen für Fulda“ aus dem Juni 2017 „Landesgartenschau - Beteiligungskultur etablieren“ führte zu dem Beschluss der Gremien „im Rahmen der Vorbereitung zur Durchführung der 7. Hessischen Landesgartenschau die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen und zu beteiligen“.

Nun fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit die Vorstellung der Bewerberentwürfe zum städtebaulichen und landschaftsplanerischen Ideen- und Realisierungswettbewerb vor einem Preisgericht statt, auch Ausschussmitglieder und/oder die Fraktionen waren nicht beteiligt.

Wir fragen den Magistrat

1. Warum wurde die Bewerbervorstellung beim Preisgericht nicht öffentlich angekündigt und zugänglich gemacht?
2. Das Preisgericht kürte aufgrund der Vorstellung einen Gewinner unter den sieben eingereichten Entwürfen. Wie werden die Grundlagen dieser Entscheidung vermittelt?
3. Wann soll der Gremienbeschluss über die Vergabe erfolgen?

Für die Fraktion

Karin Masche

Stadtverordnete der

REP Fraktion Stadt Fulda

von 1994 bis 31.12.2017 Die Republikaner

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

23

Anfrage I (18 /2018)

Bez.: SVV am Montag, den 18.06.2018: Abgabe: 05.06.2018

**Betr.: Anliegergebühren: hier Straßenausbaubeiträge
jährlich wiederkehrend z.B. iHv 72,- €**

Vgl.: Haushaltsantrag II mit Ifd. Nr. 38/2017 am 15. Dez.2017

Hintergrund: Als Argumente der herrschenden Parteien wurde ins Feld geführt:
„Das haben wir schon immer über 40 Jahre so gemacht“, „wir wissen nicht wie wir das berechnen sollen“, „das Zahlenwerk stimme nicht“ oder „Antrag auf Schluß der Debatte!“ Interessant hierbei war, daß ein „Totschlagargument“ wie etwa „das ist rechtlich gar nicht möglich“ nicht genannt wurde, deshalb unsere Frage...

1.) Gäbe es rechtlich hiergegen Bedenken eine Straßenausbaubeitrags-satzung zu erlassen die alle Hauseigentümer jedes Jahr im Durchschnitt von im Moment 72,- € belastet und im Gegenzug alle Hauseigentümer schützt vor Anliegergebühren die Jahresgehälter und mehr ausmachen können, wenn eine Straße mit städtischer Straßenbaulast erneuert wird?

2.) Wären die Bedenken mehr bei der Kommunal-Aufsicht oder mehr bei den bereits „geschöpften“ Hauseigentümer zu vermuten?

Anton J. Rummel⁶

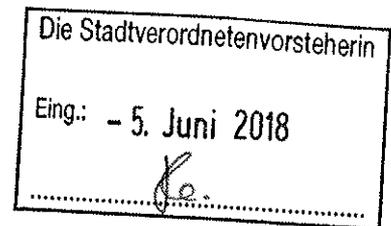
Stadtverordneter u. Fraktionsvorsitzender

Fulda, den 05.06.2018/ 12..05 Uhr

Stadtverordnete der

REP Fraktion Stadt Fulda

von 1994 bis 31.12.2017 Die Republikaner



Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

24

Anfrage II (20 /2018)

Bez.: SVV am Montag, den 18.06.2018: Abgabe: 05.06.2018

Betr.: Anliegergebühren: hier Straßenausbaubeiträge

Vgl.: Anfrage I mit lfd. Nr. 14/2018 am 7. Mai 2018

Hintergrund: Bei unserer Anfrage am 7. Mai bekamen wir zur Antwort, daß die höchsten drei Summen im Jahre 2017 alle unter 28.000,- € gelegen hatten. Wie uns aber ein Bürger versichert hatte, sei seine Anliegergebühr 2017 mehr als doppelt so hoch gewesen. Da der Magistrat immer wahr berichtet stellt sich die Frage, ob

1.) Der Magistrat hierbei nur auf die privaten Grundstückseigentümer abgestellt hat ?

2.) und die Gewerbegrundstückseigentümer hier aussen vor gelassen wurden?

Anton J. Rummel³

Stadtverordneter u. Fraktionsvorsitzender

Fulda, den 05.06.2018/ 13.28 Uhr

Die Stadtverordnetenvorsteherin
Eing.: 5. Juni 2018
B.

Stadtverordnete der REP Fraktion Stadt Fulda

von 1994 bis 31.12.2017 Die Republikaner

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

25

Anfrage III (Lfd. Nr. 21 /2018)

Bez.: SVV am Montag, den 18. Juni | 2018

Bez.: 100 Jahre Erste Deutsche Republik: 9.XI.1919-2018

Hintergrund: Erste Deutsche Republik; Einführung des 8 Stundentages; Abschaffung der Gesindeordnung; Koalitionsfreiheit; „ Abdankung“ des Kaisers durch Max v. Baden; Friedrich Ebert (SPD) Reichskanzler; Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann (SPD)

Was macht der Magistrat der Stadt Fulda bezüglich des obigen Jubiläumstages?

a.) gar nichts ?

b.) oder z.B. in den Fluren des Stadtschloßes oder Vonderau-Museum entsprechend Informationstafeln mit Bildern aufbauen, was der das Folgen für Fulda hatte: Bürgerschaft, Magistrat und Parlament

Anton J. Rummel²

Stadtverordneter u. Fraktionsvorsitzender

Fulda, den 5. Juni 2018/ 14.01 Uhr

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Eing.: - 5. Juni 2018

Ja.

Stadtverordnete der

REP Fraktion Stadt Fulda

von 1994 bis 31.12.2017 Die Republikaner

Frau
Stadtverordnetenvorsteherin
Margarete Hartmann
Stadtschloß
D-36037 FULDA

26

Anfrage IV (Lfd. Nr. 22 /2018)

Bez.: SVV am Montag, den 18. Juni | 2018

Bez.: Märsche der Afghanen

Hintergrund: In der SVV am 7. Mai 2018 hat Stadtverordnete Rummel während der Sitzung den OB Dr. Wingenfeld gefragt, warum man denn nicht Herrn Dr. Wardak (Linke) gefragt hat, welches denn seinen Erkundigungen nach die Motivation seitens der „Zuwanderer in der Fleming-Str.“ gewesen war, sich zusammenzurotten und in die Stadt zu marschieren. So ist Herr Dr. Wardak der einzige Stadtverordnete der die Sprache der Afghanen versteht und spricht. Aus diesem Grund stellen wir jetzt, zwei Monate nach dem 13.04.2018 folgende Fragen;

- 1.) Welches war die Motivation der Afghanen gleich zweimal in die Stadt zu marschieren?**
- 2.) Warum hat der Magistrat nicht gleich nach dem ersten Marsch Flugblätter in afghanischer Sprache in der Fleming-Str. verteilen lassen, um die dortigen Insassen in Ihrer Landessprache zu informieren, was wirklich geschehen war?**
- 3.) Wurden die mit Masse Afghanen durch falsche Meldungen von Radikalen aufgestachelt?**

Anton J. Rummel

Stadtverordneter u. Fraktionsvorsitzender

Fulda, den 5. Juni 2018/ 14.38 Uhr